

ÖGB-Niederösterreich fordert dringend Arbeitsstiftung für Betroffene!

ÖGB-Niederösterreich fordert zügige Errichtung einer Arbeitsstiftung zur Unterstützung betroffener Arbeitnehmer:innen nach Kika/Leiner-Konkurs.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Die aktuellen Entwicklungen rund um den Kika/Leiner-Konkurs werfen ein Schlaglicht auf die Beschäftigungssituation vieler Arbeitnehmer:innen in Niederösterreich. Markus Wieser, der Landesvorsitzende des ÖGB-Niederösterreich, hebt hervor, dass die Errichtung einer Arbeitsstiftung nun als unverzichtbar erachtet wird. „Das Land Niederösterreich muss ernsthaft darüber nachdenken, die von uns geforderte Arbeitsstiftung zu errichten“, so Wieser nach der Sitzung des Landesvorstands. Die einstimmige Unterstützung des ÖGB-Landesvorstands verdeutlicht die Dringlichkeit der Situation; es geht darum, betroffenen Arbeitnehmer:innen schnellstmöglich Lösungen anzubieten.

Die Forderung nach einer Arbeitsstiftung wird durch die Erkenntnis untermauert, dass trotz der Anstrengungen des Arbeitsmarktservice (AMS) nicht alle Beschäftigten ausreichend Unterstützung erhalten. Wieser betont, dass „wir rasch handeln und dürfen niemanden unverschuldet zurücklassen“. Diese Arbeitsstiftung soll dazu dienen, Klienten durch Qualifizierungsmaßnahmen schnell wieder in Beschäftigung zu bringen. Hinter den Kulissen werden bereits Modelle betrachtet, die verschiedenste Stiftungen wie etwa Outplacement- oder Insolvenzstiftungen umfassen, die Unternehmen in Krisenzeiten unterstützen, indem sie finanzielle und berufliche Hilfsangebote

für ausscheidende Mitarbeiter:innen bereithalten, berichtet
oegb.at.

Dringlicher Handlungsbedarf

Die Wichtigkeit einer zügigen Errichtung einer Arbeitsstiftung zeigt sich auch in den bereits existierenden Modellen wie der Insolvenzstiftung, die durch das AMS finanziell unterstützt werden. Diese Stiftungen bieten den betroffenen Arbeitnehmer:innen Unterstützung bei der beruflichen Neuorientierung mittels Weiterbildungsangeboten und aktiver Arbeitsvermittlung. Das AMS trägt bis zu 60 Prozent der Kosten für Berufsorientierung, eine wesentliche Entlastung für die Betroffenen. Wieser unterstreicht, dass „die Menschen es nicht verdienen, jetzt allein im Regen zu stehen“, was die Bedeutung dieser Initiativen nochmals verstärkt.

Details	
Vorfall	Insolvenz
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.oegb.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at